

Der Parteitag der Statutenrevision.

Der am 1. und 2. November abgehaltene außerordentliche Kongress der französischen geeinigten Partei hat sich nur mit der Revision des Parteistatuts beschäftigt. Einräumende Änderungen der Organisation sind hierbei nicht getroffen worden. Ein großer Teil der Diskussion drehte sich um Detailfragen und um Fragen der Geschäftsordnung, und nur bei der Diskussion der Stellung der Deputierten in den Vertretungsorganen der Partei kam es zu einer bedeutenden Debatte.

Der Kongress war gut besucht. Von 84 Föderationen waren 78 vertreten, die über 308 Mandate verfügten. Unvertreten waren nur ganz kleine Föderationen.

Die Debatte über die Zulassung der Deputierten in die Verwaltungskommission eröffnete Genosse Roland. Er sagte dar, daß die Funktion der Kommission nur durch die Praxis, aber durch keinen präzisen Text bestimmt werde. Der Parteitag genüge nicht, um die Partei zu leiten, der Nationalrat, der immer nur einen Tag beisammenbleibe, sei auf eine administrative Tätigkeit beschränkt. So sei es gekommen, daß sich eine verborgene Parteileitung entwickelt habe — in der Fraktion und der Presse. Wir wollen nicht, daß die Deputierten einen Organismus außerhalb der Partei bilden. Sie gehören in sie hinein. Es ist wahr, daß seinerzeit bei der Einigung der Partei die Allemanisten die Fernhaltung der Deputierten von der Parteiverwaltung zugesichert wurde. Aber seither haben viele Angehörige dieser Richtung ihre Ansicht geändert. Wir brauchen einen Zentralorganismus mit Autorität und Verantwortlichkeit.

Ducos de la Halle, der für den Status quo spricht, wendet sich gegen Rolands Auffassung, daß die Partei krank sei. Seit der Einigung ist sie von 30 000 auf 70 000 Mitglieder gestiegen. Wenn die Schwäche der Partei komme nicht vom Fehlen einer Zentralleitung, sondern vom Weiterbestand der alten Fraktionen in der Form der „Tendenzen“, die einander zu majorisieren suchen.

Vallant: Man sagt, die Partei werde nicht geleitet. Aber dies ist eben ihr Verdienst, daß sie sich selbst leitet. Behandeln wir nicht gleich einer Akademie die Fragen Föderalismus und Zentralismus! Ich selbst war seinerzeit für die Zulassung der Deputierten in die Verwaltungskommission. Die Frage wird vielleicht bald einer einmütigen Lösung fähig sein. Aber in diesem Augenblick fordert es die Rücksicht auf die Parteieinheit, die gegenüber den Allemanisten eingegangene Verpflichtung zu erfüllen. Die Partei wird so lange nicht lebendig sein, als die „Tendenzen“ fortbestehen. Wenn wir nicht mehr leisten konnten, so ist nicht die Verwaltungskommission, sondern die Partei selbst daran schuld. In jeder sozialistischen Organisation hängt die Kraft der Aktion vom Kontakt zwischen den führenden Genossen und der Masse ab. Dies zeigt uns auch das deutsche Beispiel. Auch der deutsche Parteivorstand ist nur eine Verwaltungskommission, und in Jena sind gegen ihn die gleichen Kritiken ausgesprochen worden, wie hier gegen unsere Kommission. Man findet den Nationalrat überflüssig, aber Kautsky hat ihn in der Neuen Zeit den deutschen Genossen als empfehlenswerte Institution hingestellt.

Das Gegenprojekt Braemer, das die Aufhebung des Nationalrats, die Verstärkung der Autorität der Verwaltungskommission und die Abhaltung von zwei Parteitagen im Jahre vorsieht, wird mit 212 gegen 110 Stimmen abgelehnt.

In der weiterdauernden Diskussion über die Spezialfrage des Eintritts der Deputierten in die Verwaltungskommission verweist Lebus auf die ausländischen Bruderparteien. Bebel, Adler, Joffe usw. sitzen in den Parteivorständen. Wenn wir einem Genossen das Vertrauen entgegenbringen, ihn ins Parlament zu wählen, sollen wir nicht das Vertrauen zu ihm haben, ihn in die Verwaltung der Partei zu berufen?

Renauld findet den bisherigen Zustand vollständig logisch. Auf dem Kongress, der der letzten Organismus der Partei ist, gibt es keinen Unterschied zwischen den Genossen. Der Nationalrat aber hat eine praktische Funktion. Er hat die Beschlüsse der Parteitage auszuführen, darum sind die Körperschaften, die sie in verantwortlicher Tätigkeit täglich anzuwenden haben, in ihm als Kollektivitäten vertreten.

Brack: Gerade diejenigen, die sich über die „Tendenzen“ beklagen, machen sie hier lebendig, indem sie uns die von den Allemanisten gestellte Bedingung entgegenhalten. Die Partei Socialiste de France hat damals der Einigkeit seine Opposition gegen die Kollektivvertretung der Fraktion zum Opfer gebracht. Heute beraubt man die Partei der Dienste derjenigen, die ihre wichtigsten geschehen haben; man legt sie abseits und — muß sie doch suchen, wenn man ein Manifest ausgeben will. Auch ich will keine Deputiertenherrschaft. Aber ebendarum will ich einen Zustand abschaffen, der die Partei von Deputierten ins Schlepptau nehmen läßt, womit vielleicht viele Deputierte zufrieden sind.

Dormoy befürchtet, daß die Deputierten im Nationalrat und besonders in der Administrationskommission eine herrschende Stellung erlangen werden.

Jaurès war bei der Gründung der geeinigten Partei für die Zulassung der Deputierten. Aber er hält sich durch die gegenüber den Allemanisten eingegangene Verpflichtung für gebunden. Wenn diese Gruppe als Organismus nicht mehr besteht, so besteht doch ihre Denkweise weiter fort. Wenn es möglich wäre, die Zahl der Deputierten in der Verwaltungskommission zu beschränken, so nicht im Nationalrat, wozu jede Föderation ihren Delegierten unabhängig entsendet. Auch ist die Arbeit im französischen Parlament viel aufreibender als im Deutschen Reichstag.

ob da auch jemand sitzt, der sie sieht, wenn sie ein Glas Bier trinken wollen. Aber mit der Güte und Ehrlichkeit ist es noch nicht getan. Haben Sie sonst noch etwas für mich übrig?

Charlotte erhob den Kopf:

„Gewiß.“

„Ja!“ brach er aus, „Charlotte, ja?“

Er strakte ihr die Hand hin. Sie gab ihm die ihre zögernd.

„Haben Sie an mich gedacht, Charlotte?“

„Manchmal.“

Aber als sie das Wort sprach, kam sie sich geizert vor und schämte sich, denn sie wollte keine zimperliche, alte Jungfer sein, und deshalb setzte sie gleich hinzu:

„Dft.“

Er zog sie an der Hand empor. Sie gab sich der Willenlosigkeit hin, das bereitete ihr Wohlgefühl. Er stand noch immer zagend vor ihr und atmete stark. Er wagte nicht, sie zu berühren, so heftig er es begehrte.

„Fräulein Charlotte,“ fing er von neuem und unterwürdig an, „wäre es möglich?“

Sie sagte nichts. Einen Augenblick durchblühte sie der Gedanke, daß sie zu ihm sprechen müsse: Ich bin gewiß zu alt für Sie, und was wird Vater sagen? doch das drängte sie rasch zurück. Jetzt war es gekommen, das füllte sie, wo sie mit allen Seelenkräften jung und stark sein mußte.

So beugte sie nur eben und eben das Haupt nach vorn. Das konnte ein Nicken sein. Er nahm es dafür, schlang seinen Arm um sie und küßte sie. Sie preßte sich innig an ihn.

Auf die Art kamen zwei Menschenkinder zusammen. Die nannten das Liebe, was sie für einander empfanden.

(Fortsetzung folgt.)

ten, so daß es den Deputierten unmöglich wäre, allen Sitzungen der Kommission beizuwohnen, was die Bedeutung der dort gefaßten Beschlüsse schwächen würde.

Guesde glaubt nicht, daß die parlamentarische Arbeit die erste Sorge der Deputierten sei. Die Hauptsache ist die Arbeit in der Partei, auch für die Deputierten. Was in den Räumlichkeiten der Bourgeoisie, als welche sich das Parlament darstellt, vorgeht, ist nicht so wichtig zu nehmen. Nicht dort haben wir unsere Kräfte aufzubringen. Wir schulden sie ganz und vor allem der Partei. Das Parlament ist nur eine Tribüne, die Partei ist das Proletariat in Aktion. Nicht das Parlament, sondern die Partei ist das Element der sozialen Umgestaltung. Was uns in den Augen des Proletariats schadet, ist fast dieses, daß wir uns zu sehr parlamentarisiert haben und daß unsere Fraktion mit den Vertretungsorganen der Partei als Macht zu Recht verhandelt. Geben Sie acht, daß wir mit dieser Hebung nicht dahin kommen, daß wir 150 Deputierte haben, hinter denen 2 Millionen Wähler stehen und die, durch diese Masse getrieben, sich über die 70 000 Mitglieder der Partei hinwegsetzen, um sich in den Couloirs der Minister zu verlieren. Geben Sie acht und halten Sie die Deputierten fest, damit sie immer mit und in der Partei sind! Halten Sie sie zu den gleichen Arbeiten an wie die anderen Genossen! Und lassen Sie sie ihre gefährliche und lächerliche Stellung als privilegierte Parasiten verlassen! (Beifall.)

Der Antrag der Nordföderation wird mit 160 gegen 163 Stimmen abgelehnt, bei 26 Enthaltungen.

In der weiteren Verhandlung wurde die Frage der landmannschaftlichen Gruppen erledigt, die in Paris und einigen andern Großstädten, andere, nicht an die lokale Föderation angegliederte Sektionen bilden. Es wurde beschlossen, diese Gruppen nur in der Seine-Föderation mit Autorisation des Nationalrats weiterbestehen zu lassen. Doch haben sie ihre Mitglieder der Seine-Föderation zu übermitteln und unterstehen in ihrer Aktion der Kontrolle dieser Föderation. Nach zwei Jahren sind die Mitglieder, wozu sie in ihrer Heimat-Föderation nicht Wähler geblieben sind, in die Listen der Seine-Föderation zu übersiedeln.

Die Pflicht der Mitglieder, der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation anzugehören, wurde bestätigt. Der Antrag, den Ausdruck „Pflicht“ durch „Zwang“ zu ersetzen, wurde mit der Erklärung des Berichterstatters abgelehnt, daß die „Pflicht“ im Sinne des Zwangs aufgefaßt werde. Auch wurde als selbstverständlich erklärt, daß unter der Gewerkschaft und Genossenschaft die an die betreffenden Konföderationen angeschlossenen Organisationen zu verstehen seien.

Der italienisch-türkische Krieg.

Vom Kriegsschauplatz in Tripolis liegen nur spärliche Nachrichten vor. Nach den italienischen Berichten „herrscht in der Stadt Ruhe“, aber gleichzeitig werden Gefechte gemeldet; nach den türkischen Berichten werden die Italiener fortwährend mehr eingeeignet. Wie unzuverlässig jedoch die Nachrichten von beiden Seiten sind, zeigt sich daraus, daß die Einnahme von Derna, die offiziell von türkischer Seite bekanntgegeben wurde, sich als falsch erweist. Es scheint also, daß auf dem Kriegsschauplatz vorläufig noch keine entscheidenden Schlagen erfolgt sind, denn auch die Türken verbreiten keine neuen Meldungen über den Sturm auf Tripolis.

Chios und Mytilene von den Italienern genommen?

Von großer Wichtigkeit ist folgende Meldung:

Konstantinopel, 6. November. Nach hier umlaufenden Gerüchten soll Chios und Mytilene gestern von den Italienern besetzt worden sein.

Das würde bedeuten, daß es mit der „Kolonisierung“ des Krieges nicht mehr ist, daß die italienische Flotte ihre Raubzüge gegen die türkischen Inseln richtet.

Arabische Häuptlinge als Verräter.

Die italienische Agenzia Stefani weiß zu melden: In Ladurah haben die Türken einige arabische Häuptlinge gefangen, welche die Unterwerfung unter die Italiener gepredigt hatten. Auch die Rundschafter der Italiener, die ergriffen werden, werden gefangen. Die Leichname bleiben zur Schau hängen, nachdem man ihnen das Erkennungszeichen, das die Rundschafter vom italienischen Kommandanten erhalten, und das ihnen ungehinderten Durchgang durch die italienischen Linien gewährt, am Arm befestigt hat.

Der Verrat spielt jedenfalls bei diesem barbarischen Feldzug eine enorme Rolle. In Konstantinopel geht das Gerücht, daß die Italiener schon vor dem Ueberfall viele arabische Häuptlinge besessen haben, damit sie die italienische Herrschaft anerkennen. Sie haben sich indessen dabei fast verrecknet, da diese Häuptlinge durchaus nicht über ihre „Unterthanen“ zu verfügen haben, sondern den Verrat nur auf eigene Faust betreiben und von ihren eignen Stammesgenossen bekämpft werden.

Der Boykott gegen die Italiener.

Salonik, 8. November. Das Boykottkomitee veröffentlicht einen Aufruf, in dem es gegen jene italienischen Staatsangehörigen Stellung nimmt, die jetzt Fremdenzuzug genießen und ungehindert ihren Geschäften nachgehen. In dem Aufruf wird die Bevölkerung aufgefordert, diese Geschäfte zu boykottieren. Das Komitee beginnt mit der Veröffentlichung der Liste der betr. Firmen, die fast ausschließlich Spaniolen gehören.

Ein Gelehrter als Opfer der italienischen Soldateska.

Raia, 8. November. Der Afrikaforscher Gottlob Adolf Krause, der sich insbesondere mit dem Studium der Regersprachen beschäftigt, telegraphiert der Kölnischen Zeitung aus Tcherba vom 8. d. M.: Mein Haus in Tripolis ist, während ich abwesend war, von Italienern gewaltsam erbrochen und alle wissenschaftlichen Manuskripte und Bücher, 30 000 Verkongettel beschrieben, druckfertige Manuskripte, Grammatiken und Wörterbücher bisher unbekannter zentralafrikanischer Sprachen wurden chaotisch durcheinandergeworfen oder fortgeschleppt. In der Nähe vom Hause lag auf der Straße Karl Meinhof, Grundbesitzer der Pautschre der Vantusprache, der wissenschaftliche Zusätze, das Ergebnis jahrelanger Reisen und Forschungen in Zentralafrika, enthielt. Was vernichtet, beschädigt oder fortgeschleppt ist, ist unmöglich augenblicklich festzustellen. Ich besaß die größte existierende Sammlung von Hausa-Manuskripten und wertvolle arabische Manuskripte aus Zentralafrika. Bisher habe ich keine Spur davon gesehen. Es ist mir unbekannt, ob sie verschwinden sind. Das Haus in der Vorstadt Dahara liegt außerhalb jeder augenblicklichen kriegerischen Aktion.

Protest der türkischen Regierung gegen die Annexionsnote.

Konstantinopel, 8. November. In der an die Großmächte gerichteten Protestnote gegen die Annexion von Tripolis erklärt die Pforte, sie betrachte die Annexion als null und nichtig und ohne jede Bedeutung sowohl vom Standpunkt des Rechts als von dem der tatsächlichen Verhältnisse, weil sie den elementarsten Grundsätzen des Völkerrechts zuwiderlaufe. Die Türkei und Italien befänden sich noch in vollem Kriegszustand. Die Pforte beabsichtige, ihre unverjährbaren und unveräußerlichen Souveränitätsrechte über die beiden Provinzen mit den Waffen zu verteidigen und zu verteidigen. Die Mittelung Italiens an die Mächte über die Annexion bedeute eine doppelte formelle Verletzung der von Italien gegenüber den Mächten und namentlich der Pforte auf Grund von Verträgen, insbesondere des Pariser und des Berliner Vertrags, eingegangenen Verpflichtung bezüglich der territorialen Integrität der Türkei.

Die Revolution in China.

Londoner Korrespondenten wollen wissen, daß innerhalb der Hofpartei Uneinigkeit herrscht, daß ein Teil dieser Partei die Zugeständnisse, die den Reformern gemacht wurden, nicht anerkennt und auf die Beseitigung des Regenten dringt. Dieser Teil will den Krieg gegen die Chinesen zur Aufrechterhaltung der Mandchuherrschaft mit allen Mitteln führen. Dagegen sei der andre Teil der Partei dafür, daß man retten müsse, was zu retten sei. Daraus erklärt sich auch das Gerücht, wonach General Wu (Wu Lu Tscheng) ermordet sein soll, auf einen Befehl vom Hofe zurückzuführen sei. Wu war ein Anhänger der Versöhnungspolitik und soll daher beseitigt worden sein. Die Folge ist, daß nun in der Nordarmee, die zum überwiegenden Teil aus Mandchuleuten, aber zum Teil auch aus Chinesen besteht, wütende Kämpfe entbrannt sind.

Der Hof auf der Flucht.

London, 8. November. Das Reutersche Bureau meldet aus Peking: In der vergangenen Nacht haben ungefähr hundert Wagen Peking verlassen, um Scheshai zu erreichen. Heute morgen sind zweihundert berittene Mandshus in der gleichen Richtung ausgebrochen. Die Chinesen vermuten, daß es sich um eine vorausgeschickte Abteilung handelt, die den Weg für die Flucht des Hofes vorbereiten soll.

Wie es scheint, geht also die Reise nach der Mandchurei, wo Vorbereitungen getroffen werden, indem man die Reste der Mandshutruppen dorthin dirigiert.

Mutben, 8. November. Die chinesische Polizei ist durch Mandshus ersetzt worden. Die neuen Truppen wurden aus der Stadt entfernt und die Bewachung der Stadt wurde einer Mandshuabteilung von 5000 Mann übertragen. Aus dem Süden treffen in Massen Flüchtlinge ein, von denen die meisten nach Norden weiterziehen.

Im Jangtsegebiet

machen dagegen die Revolutionäre beständige Fortschritte.

Hongkong, 8. November. Die Aufständischen griffen die Station Wungtungong der chinesischen Sektion der Kanton-Kaulun-Bahn an und beschlagnahmten dort lagernde Vorräte von Waffen und Munition. Ebenso wurden die Stationen Seilong, Foku und Santshun angegriffen und das Zollgebäude in Santshun zerstört. Den Fremden wurde kein Schaden zugefügt.

Hus der Partei.

Darf der Ausschuß aus der Partei veröffentlicht werden? Auf Antrag des Sozialdemokratischen Vereins Augsburg wurde seinerzeit durch einstimmigen Beschluß des Gauvorstandes für Südbayern der Freirei Rebele aus der Partei ausgeschlossen. Dieser Ausschuß, der durch alle Parteistandarten bestätigt worden ist, wurde unter Angabe der zum Ausschuß führenden Gründe in der Schwäbischen Volkszeitung, dem Parteiorgan für Augsburg bekanntgegeben. Gegen diese Bekanntgabe wandte sich nun Rebele und stellte gegen den verantwortlichen Redakteur Genossen, Simon, Strafantrag wegen Verleumdung und Geschäftsbeschädigung. In der vor dem Schöffengericht Augsburg durchgeführten Verhandlung wurde nun der Beklagte freigesprochen, nachdem ihm das Gericht den Schutz des § 193 — Wahrung berechtigter Interessen — zugesprochen hatte. Rebele, gegen den wegen beschuldigender Äußerungen Widerklage erhoben worden war, wurde zu drei Mark Strafe und Tragung der sämtlichen Kosten verurteilt.

Ein neues französisches Parteiblatt. In Marseille erscheint seit dem 1. November ein neues Parteiblatt unter dem Titel La Provence.

Eingelaufene Schriften.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 6. Heft des 30. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Hefts heben wir hervor: Ein neuer Fall Armin? — Jean Baptiste v. Schmeiger. Eine Entgegnung von H. Bebel. — Die braunfingrigen Landtagswahlen. Von Richard Wagner. — Die Landtagswahlen und das Großbloderexperiment in Elßaß-Lothringen. Von Joan Martin (Mühlhausen i. Elßaß). — Das englische Parteiensystem und die Arbeiterpartei. Von J. Sochse (London). (Schluß). — Literarische Rundschau: Max Bernborn, Die Erforschung des Lebens. Von Lipschitz. — Zeitschriftenchau. Von G. E.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 2.25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Soziale Rundschau.

Schutz den Zelluloidarbeitern.

Die Vorstände der Verbände der Holzarbeiter, Fabrikarbeiter und Buchbinder hatten im Vorjahre eine gemeinsame Petition an den Reichstag gerichtet; in dieser wurde um Erlass einer Bundesratsverordnung ersucht, um die in der Zelluloidindustrie beschäftigten Arbeiter gegen die in jener Industrie besonders bestehende Brandgefahr zu schützen. In der Petitionskommission wurde die Sache am Anfang dieses Jahres behandelt und beschlossen, die Petition, soweit sie eine Bundesratsverordnung verlangt, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu empfehlen, die übrigen Punkte aber dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Die Unternehmer der Zelluloidindustrie hatten eine Gegenpetition an den Reichstag gerichtet. Diese wurde ebenfalls dem Reichskanzler, aber als Material, überwiesen. Die kolossale Feuergefährlichkeit der Zelluloidbetriebe ist gerade in letzter Zeit bei Brandkatastrophen in diesen Fabriken bekannt geworden, so daß hier weitgehende Arbeiterschutzbestimmungen absolut notwendig sind.

Kronenklassenvertreterwahl.

Glänzend abgeschlossen wurde bei den am Montag, 6. Nov., vollzogenen Vertreterwahlen zur Generalversammlung der Ortskronenklasse für kaufmännische Geschäfte in Hamburg der Angriff, den die koalitierten bürgerlichen Gewerkschaftenvereine gegen die von ihnen grimmig gehätselte bisherige sozialdemokratische Mehrheit unternommen hatte. Die bürgerliche Liste erhielt 2418, die sozialdemokratische 6618 Stimmen. Von den Bürgerlichen war in der gemeinsamen Weise geholt und kein Mittel der Agitation verschmäht worden. Und nun als Ergebnis doch dieser Reinfall.

Bei der Gewerkschaftswahl in Mordlingen wurde die Liste der freien Gewerkschaften glatt gewählt. Die katholischen und evangelischen Vereine, die erst großmächtige Sprüche machten, konnten nicht einmal eine Gegenliste zusammendrängen.